

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag, Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. — Alle Postanstalten, für Berlin alle Zeitungs-Expeditoren, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf., Vereinsanzeigen 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O. Kreisamtsdrucker, 221/22. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

von
Dr. Max Sirsch.

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandsleiter Max Sirsch, N.O. Kreisamtsdrucker, 221/22, einzuwenden sind. Für Mitglieder 35 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerksvereine 35 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 15.

Berlin, 14. April 1905.

Stebensunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die badische Fabrikeninspektion für 1904. — Berliner Statistik. — Das neue Berggesetz im Abgeordnetenhaus. — Aufruf. — Wochenplan. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände. — Gewerksvereins-Zeitel. — Verbands-Zeitel. — Anzeigen-Zeitel.

Dr. E. E. Die badische Fabrikeninspektion für 1904.

III.

Ein besonderer Abschnitt ist den Streiks und Aussperrungen gewidmet. An erster Stelle wird die bedeutendste Arbeiterbewegung des verfloffenen Jahres, der Streik der Maurer in Karlsruhe, erwähnt. Von ihm wurden 34 Betriebe mit 2444 Arbeitern betroffen. Der Streik dauerte von Anfang Mai bis Ende August und wurde durch Vergleichsverhandlungen vor dem Bürgermeisteramt beendet, nachdem die Einigungsversuche vor dem Gewerbegericht ergebnislos verlaufen waren. Der Lohnverlust der Arbeiter wird auf 350 000 Mk. und der Betrag der von der Organisation aufgebrachteten Unterstützungsgelder auf 55 000 Mk. geschätzt. Mit diesem Streik erzielte die Maurer eine Erhöhung des Stundenlohnes von 41 auf 45 und 50 Pfg., nach folgendem Tarif: 1904 müssen den Maurern 43, 1905 45 Pfg., für 1906 und 1907 47 Pfg. und endlich bis zum 1. April 1908 50 Pfg. Stundenlohn bezahlt werden.

Auch von Konstanz wird ein Streik der Maurer angeführt, der 3 1/2 Monate währte. Bei diesem, mit Heftigkeit geführten Streik, der 90 000 Mk. Verlust an Arbeitslohn verursachte, gegenüber einer Streikunterstützung durch den Centralverband der Maurer, errangen die Streikenden nur die Bewilligung ihrer Forderung, einer zehnständigen effektiven Arbeitszeit mit anderthalbstündiger Mittagspause. Ihre Lohnforderungen wurden abgelehnt.

In diesem Jahre wird auch wieder in einem besonderen Kapitel der Organisationen der Arbeiter gedacht. Damit ist ja das im Vorjahre gegebene Versprechen erfüllt. Doch hat es uns sonderbar berührt, daß es der badischen Fabrikeninspektion nicht möglich gewesen sein soll, bei der statistischen Aufzählung der Mitglieder der verschiedenen Organisationen des Großherzogthums Baden (S. 72) auch die Zahl der Mitglieder der Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine, die doch ebenfalls in dem „Kinde“ in nicht geringer Zahl vertreten sind, zu ermitteln. Bei etwas gutem Willen dürfte das doch u. E. wohl möglich gewesen sein!!

Wir richten deshalb an die Vorstände unserer verschiedenen Organisationen in Baden das wiederholte Ersuchen, sich doch mit der Fabrikeninspektion mehr in Verbindung zu setzen und ihrem Vorstande von Zeit zu Zeit auch die Zahl ihrer Mitglieder von selbst mitzutheilen. Dann kann es sicher nicht vorkommen, daß in einer amtlichen Statistik die Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine, eine der ältesten Organisationen, gänzlich fehlen! Hoffentlich fällt unsere, schon öfters gegebene Anregung endlich einmal auf fruchtbaren Boden.

Es wird auch anerkannt, was schon genügend gekennzeichnet ist, daß die Fabrikeninspektion nach „verhältnismäßig recht mangelhaftem Material“ (S. 69) gearbeitet habe. Hiernach wird aber doch festgestellt, daß die freien Gewerkschaften und die (viel jüngeren d. B.) Christlichen Verbände im letzten Jahre erhebliche Fortschritte gemacht haben. Dabei wird hervorgehoben, daß sich bei Ausständen die verschiedenen Organisationen nicht selten auf gemeinsamen Boden zusammenfinden und es seien insbesondere von Mannheim mehrere Fälle zu verzeichnen, in denen Gewerkschaften und Gewerksvereine (welche? die Christl. oder Hirsch-D. oder beide? D. B.) zur gemeinschaftlichen Stellungnahme in Fabrik- und Lohnstreitigkeiten zusammentraten. Dann heißt es wörtlich: „Die Erfahrung lehrt, daß dieses Vorgehen auf die Arbeiterchaft eine für die Organisationsbestrebungen nicht zu unterschätzende werbende Kraft ausübt, weil dabei das Bild des Hinstrebens auf die wirtschaftliche Verbesserung

der Lage der Arbeiter deutlicher und großzügiger zum Ausdruck kommt, als bei der ausschließlichen Behandlung dieser Fragen in Versammlungslokalen und Parteiblättern. Es gewinnen dann auch solche Arbeiter leicht Anschluß, bei denen bis dahin Gleichgiltigkeit, nicht genügende Kenntnis der Ziele oder persönliche Gründe ein Beiseitegehen veranlaßt hatten. Die verschiedenen Arbeiterorganisationen nehmen aber den Kampf gegeneinander auf, sobald die Heranziehung neuer Mitglieder in Frage steht, und bedauerlicher Weise scheuen sie nicht, in diesem Streit mitunter in Wort und Schrift zu unschönen und verwerflichen Mitteln zu greifen. Derartige . . . Befehdungen sollten im eigenen Interesse vermieden werden, denn es können dadurch die Sympathien der Öffentlichkeit, welche für die Erreichung eines vorgesehnen Zieltes gar manchmal geradezu ausschlaggebend werden können, zwecklos verschert werden.“ Diese goldenen Wahrheitsworte verdienen noch oft wiederholt zu werden. Ob sie aber von den „freien“ Gewerkschaften in ihrem oft maßlosen Kampfe gegen uns, „die Hirsche“, beherzigt werden, darf mehr als fraglich sein!

Ueber die oben schon erwähnten Lohnkämpfe wird ausgeführt, daß sie häufig erfolgreich zu Tarifverträgen zwischen Arbeitgeber- und den Arbeiterverbänden führten und es habe den Anschein, als ob die Erkenntnis des Nutzens solcher Verträge sich immer breitere Kreise unter den Arbeitgebern sowohl wie unter der Arbeiterschaft erobere. Rothwendig sei auch, daß solche Tarifverträge nicht allein abgeschlossen, sondern auch ehrlich gehalten würden.

In größeren Städten und Industriezentren konnten Versuche, der Organisation der Arbeiter entgegenzuwirken, nicht einmal vorübergehende Erfolge haben. Der natürliche Entwicklungsgang lasse sich durch äußere Einwirkungen nur in sehr geringem Maße beeinflussen. Dagegen sei es immer noch schwer, in ländlichen Industriebezirken Organisationen neu zu schaffen, da dort diese Bestrebungen außerordentlichen und nur allmählich verschwindenden Hindernissen begegne.

Unter den Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter vor Gefahren nehmen diejenigen, welche den vielen Unfallgefahren vorbeugen sollen, die erste Stelle ein.

Die Zahl der Unfälle betrug im Berichtsjahre 4886 gegen 4344 im Jahre 1903. Davon entfallen Unfälle auf:

	1904	1903
Sonntag	75	92
Montag	841	746
Dienstag	727	735
Mittwoch	810	675
Donnerstag	790	731
Freitag	732	655
Sonnabend	739	710
Ohne Tagesangabe	72	—
Zusammen: 4886		4344

Aus dieser Statistik tritt die Häufung der Unfälle auf den Montag wesentlich deutlicher zu Tage als im Vorjahre.

Der schon früher gerügte mangelhafte Schutz an den Holzbearbeitungsmaschinen gab im Berichtsjahre der Fabrikeninspektion Anlaß zu zahlreichen Beanstandungen. Die Schutzvorrichtungen sind zwar meistens vorhanden, aber abgesehen von den zahlreichen Fällen, in denen sie verstaubt und beschädigt, in irgend einem Winkel ruhen, sind sie häufig so unzumutbar angeordnet, daß ihnen jeder Nutzen für die Unfallverhütung abgesprochen ist.

Auch im Berichtsjahre sei wieder eine sehr große Anzahl von Unfällen gemeldet worden, die ausschließlich durch Unvorsichtigkeit und Leichtsinns der Arbeiter veranlaßt worden sind. Die Häufigkeit derartiger Unfälle wirke, abgesehen von dem oft großen Schaden, den die Betroffenen an Gesundheit und Arbeitsfähigkeit erleiden, sehr nachtheilig auf die Durchführung von Unfallverhütungs-

sündigt haben, als sie ihre Zustimmung geben zu den hohen Forderungen auf die unentbehrlichsten Lebensmittel, wie sie in die neuen Handelsverträge aufgenommen worden sind. Andererseits sollte es eine mit sozialpolitischem Verständnis ausgestattete Regierung als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, alle Einrichtungen zu fördern, die geeignet sind, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu heben. Das sind aber in erster Linie die Organisationen derselben. Diese wiederum aber können nur gedeihen, wenn die Hindernisse, die ihnen im Wege stehen, hinweggeräumt werden. Und so unterstützt auch unsere „Berliner Statistik“ die schon so oft erhobenen Forderungen auf freihändlerischen Ausbau des Koalitionsrechtes und Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine.

L. L.

Das neue Berggesetz im Abgeordnetenhaus.

Rede des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch am 27. März 06.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Kun, meine Herren, möchte ich einmal die Frage aufwerfen: weshalb sind denn die Bergarbeiter, die durch die Knappschaftskassen und vieles andere sozialpolitisch schon frühzeitig herangebildet sind, abgeneigt gegen Tarifgemeinschaften und alles ähnliche? Wie ist denn das gekommen? Doch offenbar nur dadurch, daß der Arbeitgeberstand, die Grubenbesitzer niemals verstanden haben, sich mit ihren Arbeitern auf rein menschliche, berufsgemeinschaftliche Weise zu verständigen.

(Sehr richtig! bei den Freisinnigen)

weil sie seit Jahrzehnten eine absolut jede Verständigung und Gemeinschaft zurückweisende Stellung gegenüber den Arbeitern eingenommen haben.

(Sehr richtig! bei den Freisinnigen)

weil sie sie persönlich, sittlich erkaltet und jurisdiktionslos haben.

(Sehr richtig! bei den Freisinnigen)

Meine Herren, damit ich auch zum großen Teil die Frage beantwortet, worin der letzte Streik im Ruhrrevier beruht. Er beruht tatsächlich viel weniger auf einzelnen Institutionen, die den Leuten nicht gefallen haben, obgleich es wahrlich auch daran nicht gefehlt hat, sondern vorzugsweise darauf, daß ihnen die Gleichberechtigung, die gleiche Würdigung wie anderen Klassen, von den Grubenbesitzern prinzipiell, beharrlich verweigert wurden. Dadurch hat sich ein Mißmut und eine Erbitterung dieser Hunderttausende von Arbeitern, die doch auch Menschen sind, bemächtigt, daß sie das Gefühl hatten: so kann es nicht weiter gehen, wir müssen die erste beste Gelegenheit benutzen, um — wie auch ich sage: leider — selbst unter Kontraktbruch den Streit in Szene zu setzen. Meine Herren, daraus ist es zu erklären, und vor allen Dingen schließe ich daraus, daß es vollständig verfehlt ist, wenn von anderer Seite die Sozialdemokratie als alleiniger Gegner hingestellt wird. Nein, wir Hirsch-Dundersehen wie die christlichen Arbeiter protestieren gegen diese Bevorzugung der Sozialdemokratie. Denn auch darin sehen wir eine Bevorzugung! Und es ist kein Wunder, wenn die Leute übermütig werden, daß sie selbst den Abfall ihrer Berufsvereinsmitglieder, d. h. des energischen und besonnensten Teiles der Arbeiter verschmerzen würden, wenn so in der öffentlichen Meinung sie selbst als die Zukunftspartei hingestellt und verherlicht werden.

(Sehr richtig! bei den Freisinnigen)

Wir haben wahrlich alle Ursache, die beiden Entwürfe und speziell die Arbeiterklausel, wie mein Herr Vorredner sie soeben mit Recht bezeichnet hat, vom rein sachlichen Standpunkte zu würdigen und zu prüfen.

Bei dieser Gelegenheit glaube ich, Herrn Abgeordneten v. Seydbrand bemerken zu müssen: wenn er mit großem Nachdruck sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Arbeitgeber und die Arbeiter von uns mit gleichem Maße gemessen und danach die Vorlagen von uns geprüft werden sollen, so hat er bei uns, speziell bei der freisinnigen Volkspartei, offene Türen eingestößt. Seit unenlicher Zeit ist es Tatsache, daß wir durchaus auf neutralem Standpunkte stehen, daß wir nur das Gemeinwohl fördern, keine Standesvorrechte erstreben, und daß wir speziell zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern niemals einen Unterschied in der Würdigung ihrer Rechte und Interessen gemacht haben.

(Sehr richtig! bei den Freisinnigen)

Also eine Ermahnung war so wenig an uns wie an irgend eine andere Seite des Hauses seitens des Herrn v. Seydbrand nötig. Das sind selbstverständliche Sachen, daß hier im Abgeordnetenhaus nicht nach dem Stande, nicht nach der Klasse, sondern einzig und allein nach der Zugehörigkeit zur gesamten Nation geurteilt wird.

Wenn ich einige allgemeine Bemerkungen vorausgeschickt habe, so werde ich mir gestatten, jetzt auf die Vorlage selbst einzugehen. Ich werde mich so kurz fassen, wie es meine letzte Erwartung, daß der Entwurf nach dem Antrag v. Seydbrand an eine Kommission geht, was ich völlig unterstütze, zuläßt. Es wird in der Kommission noch Zeit genug sein, auf die Details der Vorlage einzugehen. Ich möchte nur davor warnen, durch eine Verschleppung das Zustandekommen dieser dringlichen Vorlage zu verzögern. Es wird unser aller Pflicht sein, die Sache so sehr wie möglich zu beschleunigen; denn es steht bei feierlicher Zusage der königlichen Staatsregierung dahinter. Es ist versprochen und zu unserer Genugtuung erfüllt worden, daß der Gesetzentwurf eingebracht worden ist, und wenn eine Regierung das, was an sich gerecht und richtig ist, zu einem bestimmten Zeitpunkt bringt, um die Verpflichtung einzulösen, und wenn dies zugleich der Zeitpunkt ist, der einem großen Teil der Bevölkerung Vertrauen und Erleichterung schafft, so ist das doppelt anzuerkennen, und alle Sophismen, die dagegen laut geworden sind, daß jetzt nicht der geeignete Zeitpunkt sei, zerfallen in nichts.

Die öffentliche Meinung und speziell die Versicherung der Arbeiter kann uns überzeugen, daß die Staatsregierung in sozialer Beziehung richtig und vorteilhaft gehandelt hat, daß sie beide Gesetzentwürfe jetzt eingebracht hat. Das Abgeordnetenhaus wird hoffentlich der Regierung in der Beziehung nachfolgen, daß es alle Mühe und allen

Eifer aufwendet, um diese Gesetzgebung zum glücklichen Ende zu führen, und meine Freunde werden sicherlich das Ihrige dazu beitragen.

Mein allgemeines Urteil über die Vorlage ist schon vorher kurz gegeben worden: sie befindet sich mit ihren Grundzügen und Absichten auf dem richtigen Wege;

(Sehr richtig! bei den Freisinnigen)

sie bleibt aber leider in verschiedenen Punkten auf halbem Wege stehen.

(Sehr richtig! bei den Freisinnigen)

Und zwar hat das die sehr üble Folge, daß ein Gesetzentwurf, der nicht zu Ende denkt, auch die Erwartungen nicht erfüllt, und entschieden zu beschweren und Streitigkeiten aller Art führt, daß keiner der beiden Teile dadurch befriedigt wird, und daß fortwährend die Forderung auftritt, die Bestimmungen zu ändern. Wenn wir also in der Kommission uns anstrengen, eine Besserung in der Richtung, welcher der Gesetzentwurf folgt, herbeizuführen, nicht neue Gedanken zwangsweise hineinzubringen, sondern die wirklichen Gedanken des Gesetzes zu vervollständigen, und auszubauen, so werden wir uns damit um das allgemeine Wohl verdient machen.

Meine Herren, einige Abschnitte des Entwurfs bedürfen hier nicht der näheren Behandlung, welche der Detailberatung überlassen werden kann. Dazu gehört vor allem das Verbot des Bagern und Nullens. Meine Herren, wie man heute noch für das Bagern nullen sich ins Zeug legen kann, ist mir, offen gesagt, unerfindlich. Wenn etwas verurteilt ist, nicht bloß von der öffentlichen Meinung, von den Interessenten, sondern vom Rechtsbewußtsein des Volkes, so ist es diese Einrichtung. Denn, meine Herren, abgesehen von allem anderen kann es meiner Überzeugung nach nichts Größeres, Unbilligeres geben als diese Bestrafung von Einzelschäden „en masse“; denn, meine Herren, jedes Verhältnis zwischen Schaden und Buße hört dabei auf. Ein paar Steine in einem vollen Wagen, der sonst noch so gut beladen sein mag, führt dazu, den Arbeitern den sauer verdienten, mit Lebensgefahr verdienten Lohn zu kürzen, ja vollständig zu entziehen. Meine Herren, wer nicht fühlt, daß das willkürlich, übermäßig und ungerecht ist, den verheißt ich nicht. Es ist anerkannt, daß auf manchen Gruben allerdings das Nullen in rücksichtsvoller Weise geschieht, aber auf anderen wieder nicht; daß auf anderen Hunderte von Wagen genullt werden, d. h., daß den Arbeitern ihr Lohn entgeht. Wenn nun gesagt wird, davon hat ja der Besitzer nichts, das fällt ja doch der Knappschafts- oder Krankenkasse zu, so ist darauf zu erwidern, daß das nur die halbe Wahrheit ist; denn außer dem Lohn der Arbeiter steht ja die Substanz, die Kohle noch in dem Wagen, und diese behält der Besitzer zum Verkauf, und damit behält er einen wesentlichen Teil des Arbeitertrags. Also diese Entschuldigungen kann nicht gelten. Deshalb ist es schon vom Standpunkte der Gerechtigkeit aus das einzig Richtige, das Nullen zu beseitigen, und ich danke ausdrücklich der königlichen Staatsregierung, daß sie endlich, endlich diesen notwendigen Schritt getan hat, wodurch zahllose Streitigkeiten und Erbitterungen beseitigt werden.

Meine Herren, ob das freilich positiv genügt, ob nicht in bezug auf die Entlohnung der Förderung nach Gewicht, die obligatorische Bestellung des Vertrauensmannes und anderes weitere Gesetzesvorschriften erforderlich sind, das alles muß natürlich der näheren Erwägung anheimgegeben werden? aber die Abschaffung des Nullens ist als solche entschieden richtig, und der Erfolg desselben, nachdem so viele andere Länder damit vorgegangen sind, selbst andere Distrikte in Deutschland andere Mittel benutzen, wird nicht allzu schwierig fallen.

Ebenso steht es in bezug auf die Geldstrafen. Die Festsetzung einer Maximalhöhe der Strafen, nicht bloß der einmaligen Strafe, sondern der gesamten Strafen, innerhalb eines Monats oder eines anderen Zeitraums, ist durchaus anzuerkennen. Wenn man gerade auch in den Untersuchungen der Ministerialkommission die einzelnen Punkte nachsieht, so findet man da haarsträubende Mißgriffe, daß Hunderte, Tausende von Bestrafungen stattfinden, und die Berichte der Bergbehörden, im Anschluß an die Berichte der Gewerbeämter, ärgern daselbe. Ich bin bereit, den Band auf den Tisch des Hauses niederzulegen, um nachzuweisen, daß zum Teil in kolossaler Weise mit den Geldstrafen gearbeitet wird.

(Hört, hört! bei den Freisinnigen)

In der Untersuchung wird dann zum Teil von Seiten der Steiger und der anderen Beamten die Sache abgeklungelt oder in irgend einer Weise beschönigt. In einzelnen Fällen kommt es auch vor, daß die Untersuchungskommission oder der Betriebsdirektor feststellt, es soll von jetzt an anders werden, und die G. M., die in dem einen Falle an dem vollen Betrage fehlen, werden dann dem Bergmann nachgezahlt. Daß damit das Vorhandensein des Mißstandes nicht widerlegt ist, ist ja selbstverständlich. Also die Beschränkung dieser Geldstrafen, die für den armen Arbeiter etwas bedeuten, wenn sie bis 20 und 30 M. betragen,

(oho! bei den Nationalliberalen)

— jawohl, im Laufe des Monats, in Einzelfällen sind sie auch schon hoch genug,

(Jurist bei den Nationalliberalen: Das ist ein Irrtum!)

— im Laufe des Monats, das kann bewiesen werden — meine Herren, daß diese Beschränkung eintritt, ist dringend erwünscht. Es ist sogar weiter zu gehen und zu sagen, daß der doppelte Betrag des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes noch bedeutend zu hoch ist. Inbessenen, darüber wird man sich ja in der Kommission verständigen.

Meine Herren, ich darf jetzt einen Blick auf die obligatorische Einführung ständiger Arbeiterausschüsse werfen. Meine Herren, daß ich über die Arbeiterausschüsse, nachdem ich sie im Reichstage sozusagen mitgegründet habe, jetzt nach 15 Jahren weniger vertrauensvoll denke als damals, ist Tatsache. Leider ist es unterblieben, wie schon ausgeführt wurde, die Arbeiterausschüsse mit dem Geiste und dem Wirken zu durchglücken, wie es der ursprüngliche Zweck war. Aber immerhin bilden sie neben den Arbeiterversuchsvereinen eine nicht unwesentliche Ergänzung der Arbeiterselbstverwaltung, und als solche erkenne ich sie noch heute als sehr wichtig an, besonders da, wo bis jetzt leider prinzipiell, wie im Ruhrrevier, trotz der herrlichen Worte, die unser

maßregeln, da die Arbeitgeber mit dem Hinweis darauf, daß man dem Leichtsinn nicht steuern könne, ja ihn durch Schutzmaßnahmen nur bestärke, die Möglichkeit von Schutzeinrichtungen überhaupt bestritten.

Auch habe die Unsitte des Puzens von Maschinenteilen während des Ganges der Maschinen auch im verfloßenen Jahre eine ganze Reihe nicht unbedeutender Verletzungen verursacht.

Ueber die wirtschaftliche Lage der Arbeiter werden folgende Lohnangaben gemacht.

Zunächst zeige die Lohnstatistik, daß auch heute noch die in der Textilindustrie beschäftigten männlichen Arbeiter in ihrem Verdienst erheblich hinter den in anderen Industriezweigen beschäftigten Arbeitern zurückbleiben. Durch Erhebungen der Löhne in den vier letzten Jahren wurde festgestellt, daß das durchschnittliche Wochen-

Zur 1 Bauarbeiter	27,50 Mk.
1 Arbeiter der Gemischen Großindustrie	21,21 "
1 Arbeiter in der Pforzheimer Bijouterieindustrie	19,— "
1 Uhrmacher des Schwarzwaldes	18,— "
1 Baumwollspinnereiarbeiter	15,31 "
1 Baumwollwebereiarbeiter	15,27 "

Dagegen sei der durchschnittliche Wochenverdienst der weiblichen Arbeiter besser als in irgend einer anderen Industrie des Landes. Es verdiente in dem Zeitraum der letzten vier Jahre:

eine Baumwollwebereiarbeiterin	12,24 Mk.
Baumwollspinnereiarbeiterin	11,12 "
Arbeiterin der Pforzheimer Bijouterieindustrie	10,60 "
Arbeiterin in einer großen Kettfabrik	9,91 "
Arbeiterin in der Schwarzwälder Uhrenindustrie	9,09 "
Arbeiterin in der Tabakindustrie	9,07 "

Die geringe Höhe des Durchschnittslohnes der in der Textilindustrie beschäftigten männlichen Arbeiter werde dadurch bedingt, daß fast an allen Maschinen der männliche mit dem weiblichen Arbeiter in Konkurrenz zu treten hat. In Folge dessen müsse er sich mit einem ziemlich tiefgehaltenen Lohnniveau zufriedengeben.

Berliner Statistik.

Lohnermittlungen und Haushaltrechnungen der minder bemittelten Bevölkerung im Jahre 1903.

II.)

Wie bereits in unserem ersten Artikel mitgeteilt wurde, sind 908 Haushaltrechnungen zur Bearbeitung gelangt, aus Haushaltungen von 1-13 Personen, die insgesamt 3828 Personen umfassen. Die relativ größte Zahl dieser Haushaltungen bestand aus 4 Personen, nämlich 231, 209 bestanden aus 3 Personen, 155 aus 5, 115 aus 2, 97 aus 6 Personen u. s. w. Die 3828 Angehörigen der 908 Haushaltungen wohnten in 1261 Stuben, so daß also auf eine Wohnung 1,4 Zimmer, auf jedes Zimmer etwas über 3 Personen kamen. Der Mietwert des Zimmers belief sich auf 208 Mk. und war niedriger als der Durchschnittspreis in Berlin, der Anfang 1904 220 Mk. betrug.

Dem Berufe nach gehören von den Haushaltungsvorständen 175 der Holz-, 143 der Metall-Industrie, 115 dem Baugewerbe, 79 der Papier- und Lederindustrie, 68 den Druckereien und künstlerischen Betrieben, 45 dem Bekleidungs- und Reinigungsgerwerbe, 24 dem Nahrungsmittelgewerbe an; 22 gehörten zur Straßenreinigung, 11 zum Handel. 37 Haushaltungsvorstände waren Hausdiener, 18 subalterne Beamte, und die Uebrigen vertheilten sich auf die anderen Berufe. Nicht weniger als 690 von ihnen, d. h. etwas über drei Viertel, hatten Nebeneinnahmen im Gesamtbetrage von 275035 Mark, die von 744 mitverdienenden Personen stammten. Wenn diese Zuschüsse fehlten, so würde sich die durchschnittliche Einnahme der 908 Haushaltungen von 1752 auf 1448 Mk., also um 304 Mk. verringern. Schon aus diesen Bissen ersehen wir, daß unsere Budgets in der Hauptsache aus besser gestellten Arbeiterkreisen entnommen sind. In 147 Fällen wurden 24187 Mk. durch Vermietungen an Schlafgänger eingenommen, in 31 Fällen 5006 Mk. durch Pensionen und Rentenbezüge. Einen Verdienst des Haushaltungsvorstandes in anderen als dem Hauptberuf wiesen 60 Haushaltungen auf. In 36 Fällen kamen Arbeitslosen, in 30 Kranken-Unterstützungen vor, Zinsen und Dividenden 9 mal, Erbschaften 4 mal, Lotteriegewinne 2 mal, Spargelder wurden in 13 Haushaltungen abgehoben. Zuschüsse zum Haushalt von Seiten der Verwandten wurden in 15 Fällen geleistet. Geklebene Gelder wurden in 9 Fällen zurückgezahlt, Darlehen aufgenommen 11 mal. 8 Haushaltungen hielten Pflegekinder und nahmen dafür 1012 Mk. ein.

Von allen Haushaltungen hatten 464, also über die Hälfte, ein Defizit, 399 einen Ueberschuß. Der durchschnittliche Fehlbetrag belief sich auf 79 Mk., der Ueberschuß auf 53 Mk. Dieses Ergebnis erscheint günstiger als es in Wirklichkeit ist. Denn unter die Einnahmen sind auch die aufgenommenen Darlehen eingerechnet. Bei diesen Arbeitern, die trotz ihrer verhältnismäßig noch sehr günstigen sozialen Lage noch von der Hand in den Mund leben, bringt eben jede Störung das Gleichgewicht der Finanzen in's Wanken und ein Jahr stellt es nicht wieder her.

Was die Ausgaben im Einzelnen betrifft, so belief sich die durchschnittliche Ausgabe pro Kopf auf 419,3 Mk. Hiervon entfielen auf die Wohnung, einschließlich Heizung und Beleuchtung, 85,4 Mk.,

*) I in Nr. 18.

auf Bekleidung 34 Mk., auf Nahrung im Haushalte 202 Mk. Diese drei Ausgaben verschlangen somit drei Viertel der Gesamtausgaben und erforderten 321 Mk. pro Kopf. Die Hauptkosten beanspruchten, wie natürlich, die Nahrungsmittel. Fleisch, Brod, Butter, Margarine, Schmalz und Fett, soann noch Speck und Wurst, stehen an erster Stelle. Der Bierkonsum war bei den Haushaltungen mit geringer Personenzahl, wo nur Mann und Frau vorhanden sind, die meist beide arbeiteten und deshalb oft ihre Mahlzeiten im Wirtschaftshaus einnehmen, und in Berufen, wie dem der Droschkenkutscher u. s. w., größer; im Ganzen verschlang der Verbrauch an Bier bei den Haushalten von 2-9 Personen durchschnittlich etwas über 6 pCt. der Ausgabe. Für Fleisch wurden durchschnittlich 8,7 pCt. ausgegeben. Das Hauptnahrungsmittel ist Schwarz- und Weißbrot; es beanspruchte etwa 5-13 1/2 pCt. des Budgets der Familie, pro Kopf 32,3 Mk. Der Gemüseverbrauch war gering. Zucker und Syrup reichlicher, auf Pflanz- und sonstige Fische entfiel etwas über 1 pCt., auf Obst 0,76 pCt., d. h. auf den Kopf 4,4 bezw. 3,2 Mk.

Nächst den für die Ernährung erforderlichen Ausgaben sind von der größten Bedeutung diejenigen für die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses, bestehend aus Miete, Heizung und Beleuchtung. Mit den Ausgaben für die Verkehrsmittel, wie elektrische Bahn, Omnibus, Stadtbahn u. s. w., die bei den Entfernungen Berlins mitgerechnet werden müssen, betragen die für Wohnungszwecke aufgewandten Summen 18-24 pCt. aller Ausgaben. Dabei sei wiederum darauf hingewiesen, daß es sich hier durchweg um besser gelohnte Arbeiter handelt und daß trotzdem deren Familien sich durchschnittlich mit 1,4 Zimmer begnügen müssen, also unzulänglich wohnen.

Im Vergleich mit diesen Ausgaben traten alle übrigen, die nicht unbedingt zur Existenz notwendig sind, weit zurück. Auf Versicherungsbeiträge und Steuern kamen etwa 3-4 pCt. aller Ausgaben; die Kosten für Schulgeld und Schulbedarf sind natürlich von der Zahl der schulpflichtigen Kinder abhängig und erreichten selbst in den stärksten Familien noch nicht 1 pCt. der Ausgaben. Die für geistige und körperliche Erholung verwandten Summen beliefen sich auf annähernd 10 pCt. Dabei handelt es sich aber nicht etwa um Bier- und Schnapstrinken, sondern auch um Bäder, Bücher und Zeitungen, Sport und Vergnügen, welche der Großstädter nicht immer bloß um sich anzuregen, sondern namentlich im Sommer, um die Lungen im Freien öfter einmal gründlich auszuwaschen, nur schwer entbehren kann. Eine Erklärung dafür, daß vielfach auch minderwertige Aneinen noch als Erholungsort gelten, liegt in der häufigen Ueberfüllung der eigenen Behausung. Für Privatversicherungs- und Vereinsbeiträge wurden etwa 2-3 pCt. aufgewandt. Nicht unbedeutend waren auch die außerordentlichen Ausgaben. Hierher gehören die Mittel, die notwendig wurden für Arzt und Medizin, für Möbel, Umzug u. s. w. und für Verringerung der Schulden. Die letzte Ausgabeart war am größten bei den Haushaltungen mit 9 Personen, am geringsten bei denen mit 7 Personen. Eine aus 5 Köpfen bestehende Familie mit einem Einkommen von 3728,40 Mk. verbrauchte 302,10 Mk. oder mehr als 8 pCt. für Schuldendeckung resp. Verringerung, eine aus 4 Personen bestehende Familie, deren Einkommen 2912 Mk. betrug, 364 Mk., d. h. nahezu 13 pCt. sämtlicher Ausgaben. Den höchsten Anteil sah mit über 17 1/2 pCt. erreichte aber eine aus 3 Personen bestehende Haushaltung, welche 500 Mk. von ihrem 2845 Mk. betragenden Einkommen zur Schuldentilgung verbrauchte.

Interessant ist auch eine Beobachtung, die man aus den graphischen Darstellungen machen kann, welche den statistischen Angaben beigegeben sind. Je größer der Hausstand, um so größer natürlich die Ausgaben für die notwendigsten Lebensmittel und -Bedürfnisse, um so niedriger aber der Posten für „sonstige Ausgaben“. Umgekehrt spielen diese „sonstigen Ausgaben“ eine um so größere Rolle in den Haushaltungsbudgets, je geringer die Personenzahl ist.

Zweifellos hat sich das Berliner Statistische Amt und speziell sein Leiter, Prof. Dr. C. Hirschberg, durch diese Enquete und ihre Veröffentlichung ein großes Verdienst erworben, und es ist nur zu wünschen, daß es nicht bei diesem einen Versuche bleibt, sondern daß derselbe häufiger wiederholt wird. Sind auch die durch die Untersuchung gewonnenen Haushaltungsbudgets fast durchweg den besser gestellten Branchen und Familien mit höherem Einkommen entnommen, so läßt sich aus ihnen doch sehr wohl ein Schluß ziehen auf die Lebensbedingungen der Berliner Arbeiterschaft. Wüssten schon die bestgestellten Arbeiter ihr Wohnbedürfnis in den bescheidensten Grenzen halten, sind selbst sie auf Nebenverdienste, insbesondere die Mitarbeit der Familienmitglieder, angewiesen, so ist es selbstverständlich, daß die Arbeiter mit geringerem Einkommen sich noch mehr „einrichten“ müssen, wenn sie Einnahmen und Ausgaben einigermaßen im Gleichgewicht halten wollen. Wie muß es da aber vollends um die Lebenshaltung der Arbeiter in Gegenden bestellt sein, in denen der Verdienst noch nicht einmal an dem der schlechter gestellten Berliner Arbeiter heranreicht! Und solche Gegenden giebt es überall im lieben deutschen Vaterlande gerade genug. Alle Nebenarten und Schimpferien über die Begehrlichkeit der Arbeiter müssen verkommen angesichts jener Zahlen, welche die soziale Lage der Arbeiter vorzüglich kennzeichnen. Dabei aber drängt sich mit Gewalt der Gedanke auf, wie schwer sich die Regierung und die Mehrheitsparteien im Reichstage gerade an dem ärmsten Theile der Bevölkerung ver-

Wochenchau.

Berlin, 11. April 1905.

Kaiser schon im Jahre 1890 in seinem Erlass ausgesprochen hat, den Arbeitern diese Vertretung versagt geblieben ist, wo man die Arbeiter darauf hinweist, daß sie nur als Einzelne an die Grubenbesitzer herantreten können. Die Herren selbst begnügen sich nicht mit der Macht, die jede einzelne Bergdirektion bildet — eine Geldmacht und Intelligenzmacht, wie ich hinzufügen will —, sondern haben ihre Organisation auf den ganzen Ruhrbezirk und weit darüber hinaus ausgedehnt. Während sie selbst also die Früchte und Schätze der Selbstverwaltung und der Organisation für sich vollkommen würdigen, während sie sich schütlos fühlen, wenn sie einzeln dastehen, verweigern sie den Arbeitern, diesen schwachen einzelnen, die zu Tausenden unter wenigen Herren stehen, gesehlich die Möglichkeit, sich zur Erreichung ihrer Interessen zu vereinen. Das mußte anders werden, und deshalb war es notwendig, die Arbeiterausschüsse im Bergbau speziell obligatorisch einzuführen. Aber man ist leider gerade hier auf halbem Wege stehen geblieben.

Meine Herren, um kurz das anzuführen, was zu fehlen scheint, so ist es erstens das Heruntergehen unter die Zahl von hundert bis fünfzig beispielsweise, diese Wohlthat vorenthalten? Warum ihnen das verjagen, daß sie alle die Rechte, alle die Vorteile genießen, die darin liegen, bloß weil die Zahl 100 nicht erreicht ist? Daß schließlich eine Grenze sein muß, ist selbstverständlich, aber die Zahl 100 ist entschieden zu hoch. Schon mit 50 Arbeitern kann die Direktion nicht so einfach verhandeln, wie wenn sie gesehlich vereinigt und vertreten sind und bestimmte Rechte und Pflichten haben.

Ferner, warum fehlen hier die staatlichen Behörden, warum sollen die Arbeiterausschüsse nicht auch das Recht haben, dem Staat ihre Anträge und Beschlüsse vorzutragen?

(Sehr gut! bei den Freisinnigen)

In den Reden von mir berührten Worten unseres Kaisers von 1890 steht verheißen, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesehliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben. Und ferner, daß die Arbeiter durch Vertreter, die ihr Recht zu vertreten und die Angelegenheiten bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden sollen. Das sollte der Zweck der Bestimmung sein, und das ist auch für uns noch maßgebend, weil es durchaus noch nicht verwirklicht ist. Die Regierung hat das Recht, von den Arbeitern ihre Beschwerden zu erfahren, sie richtet sich auch jetzt schon zum Teil danach, und man sollte dieses Mittel der Verständigung für die Zukunft nicht verweigern. (Schluß folgt.)

Aufruf.

Werthe Verbandsgenossen!

Die Ortsvereine der Schuhmacher und Lederarbeiter von Weiskensfeld und Langendorf sind seit Anfang dieses Jahres in einer Lohn-Tarifbewegung und stehen seit Mitte Februar unter Innehaltung der Rindigungsfrist, damit uns nicht der Vorwurf des Kontraktbruchs gemacht werden konnte, im Auslande. Alle Versuche, eine gütliche Einigung herbeizuführen, sind an dem Starrsinn der Fabrikanten gescheitert. Jede Verhandlung haben sie abgelehnt. Gleich zu Anfang des Auslandes wurde das Gewerbegericht als Einigungsamt von den Arbeitern angerufen, wiederholt hat auch der Gewerbe-Inspektor Collin-Merseburg seine Vermittlung angeboten, selbst der Wunsch eines bekannten Reichstagsabgeordneten, der in dieser Angelegenheit eine Unterredung mit den Fabrikanten hatte nachsuchen lassen, wurde abgewiesen. Die Arbeiter sollen bedingungslos die Arbeit aufnehmen. Können wir das, wo es sich um eines der ersten Gewerkeprinzipien handelt? Ihr selbst werdet sagen nein und abermals nein! Die bedingungslose Aufnahme der Arbeit würde aber auch unseren Ortsverein mit seinen 900 Mitgliedern, also den größten unseres Gewerkes der Schuhmacher und Lederarbeiter, schwer schädigen.

Das kann, das darf nicht sein!

Noch stehen die Arbeiter ungebeugten Muthes in dem schweren Kampf, nur sehr wenige sind untreu geworden, und die Hoffnung, diesen schweren Kampf für uns zu einem guten Ende zu führen, steigert sich von Tag zu Tag.

Nun, werthe Gewerkekollegen! Wir richten an Euch alle die herzlichste Bitte, uns in diesem Kampf zu unterstützen und in Vereinen und den Kreisen von Freunden Sammlungen zu veranstalten, damit die Ausständigen lange genug unterstützt werden können. Kollegen! Wir richten an Euch nochmals die Bitte, unterstützt uns, Weiskensfeld wird sich dankbar zeigen!

Alle Gelder sind an unseren Hauptkassier J. Kehl, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223, zu senden.

Mit Gewerkegruß:

A. König, H. Koch, R. Meyer,
Vorstand, Kassier, Schriftführer.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses über die Berggesetze hat in erster Lesung bekanntlich nur das Verbot des Wagnens gut geheißen, den sanitären Maximalarbeitstag und die Arbeiterausschüsse aber abgelehnt. Neben den Konservativen helfen die Nationalliberalen, welche meist Berginteressenten sind, unter welchen sich besonders der Abg. Dr. Volk als einseitiger Vertreter der Unternehmerinteressen hervorthut, an der Verschlechterung der Novelle. Hierauf ist auch näher eingegangen in der im Laufe dieser Woche erscheinenden Broschüre über den Arbeiterschutz im Bergbau. Der „Hannoversche Kurier“, ein nationalliberales Blatt, glaubt verfehlen zu können, daß die zweite Lesung in der Kommission, die am morgigen Mittwoch beginnt, wesentlich anders ausfallen werde als die erste. Graf Posadowsky soll schon einen Entwurf eines Reichsberggesetzes bereitlegen haben. Wenn also die Kommission bzw. das Abgeordnetenhause nicht ein Gesetz macht, das sich „einigermaßen sehen lassen könnte“, so werde das Gesetz durch den Reichstag gemacht werden.

Den größten Widerstand setzen die rechtsstehenden Parteien den obligatorischen Arbeiterausschüssen entgegen, weil sie von ihnen fürchten, daß sie sozialdemokratisch versucht würden. Hiergegen hilft aber doch die von unserem Verbandsanwalt vorgeschlagene Einführung der Verhältniswahl. Dadurch kämen auch die nicht-sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen zu einer ihrer Stärke angemessenen Vertretung.

In Leipzig fand ein Verbandstag der Bauhilfsarbeiter statt, auf welchem auch die Frage der Maifeier eingehende Erörterung fand. Der Vorstand schlug eine Resolution vor, worin die Maifeier durch Arbeitsruhe überall da zur moralischen Pflicht gemacht wird, „wo die Möglichkeit dafür vorhanden ist“. Redakteur Töpfer-Hamburg erklärte, daß die Maifeier „nicht als eine erstklassige Werbetrommel“ anzusehen sei. Ebenjowenig sei sie eine mustergiltige Demonstration. Die Maifeier sei nur eine Halbheit, weil garnicht alle Arbeiter daran theilnehmen könnten — und nicht theilnehmen wollen, hätte der Herr Töpfer hinzufügen müssen. Die Maifeier ist eine sozialdemokratische Erfindung, mit welcher die übrige Arbeiterschaft nichts zu thun hat, und nichts zu thun haben will. Töpfer fuhr dann fort: Man könne die Maifeier nicht auf den Abend verlegen, weil dies ihrem Grundgedanken ins Gesicht schlage und resignirt flügte er hinzu, er sei heute zu der Ansicht gekommen, daß der Gedanke der Maifeier ein verfrühter gemessen sei. Ude-Magdeburg wies darauf hin, daß viele Mitglieder die Maifeier nur mitmachen wollten, wenn sie für den entgangenen Arbeitsverdienst entschädigt werden; wer so etwas verlange, sei kein wirklicher Anhänger der Sozialdemokratie. Heidemann-Berlin wies darauf hin, daß in der Hauptstadt eigentlich nur noch die Bauarbeiter die Maifeier begingen. Der sozialdemokratischen Partei sei zu rathen, die Finger von der Maifeier abzulassen. Das ist ein sehr kluger Rath, da doch Heidemann weiß, daß die Maifeier zu einem parteipolitischen Zweck von der sozialdemokratischen Partei eingeführt wurde. Darin hat aber Heidemann unbedingt recht, wenn er ferner sagte, die Maifeier sei zu einem gewöhnlichen Tangel-Tangel herabgesunken, bei welchem die Partei das Entree vereinnahme.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands könnten heute froh sein, wenn sie den Beschluß des Centralraths der Deutschen Gewerkevereine vom Jahre 1890 befolgt und die Maifeier von vornherein abgelehnt hätten.

Der sozialdemokratische Abg. Schippel wird vom „Vorwärts“ gerüffelt, weil er in der Zeitschrift „Die neue Gesellschaft“ einen Aufsatz veröffentlichte, worin er die Lehren des Bergarbeiterstreiks für die gesammte Arbeiterschaft zog. Der Aufsatz macht der sozialdemokratischen Partei den Vorwurf, daß sie die Interessengruppirung innerhalb der bürgerlichen Kreise gegenüber dem entbrannten Streit nicht immer richtig zu taxiren wußte. Daß sie ferner die wirtschaftliche und politische Isolirung der Grubenlords vielfach zu gering, dagegen den arbeiterfeindlich-reaktionären Theil des Bürgerthums viel zu hoch eingeschätzt habe. Schippel knüpft daran die weitere Bemerkung, daß der Sozialdemokratie auch auf politischem Gebiete — betreffend der Stellung der Regierung, der Gemeindeverwaltungen, der Presse und der bürgerlichen Wählererschaft — ähnliche Irrthümer nicht fern geblieben seien.

Schippel hat hier einmal recht! Der „Vorwärts“ darf das aber nicht aufkommen lassen. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen nach wie vor in dem Glauben erhalten bleiben, daß Alles, was außerhalb der Sozialdemokratie besteht, arbeiterfeindlich ist. Wenn die Arbeiterschaft zu derselben Erkenntniß käme, wie sie Schippel zum Ausdruck gebracht hat, dann würde das sozialdemokratische Parteigeschäft eine erhebliche Einbuße erleben. Für den Fortschritt der praktischen Arbeiterbewegung und der gesehlichen sozialen Reform würde dies allerdings von Vortheil sein.

Arbeiterbewegung. Mit dem im Baugewerbe vereinbarten Tarif sind die Bauarbeiter Berlins nicht einverstanden. In einer Ver-

sammlung, die von 2500 Bauarbeitern besucht war, ging es sehr feierlich zu. Die Führer wiesen auf die ersten Konsequenzen hin, wenn die vereinbarten Sätze abgelehnt würden. Ein auch nur vier Wochen währender Streik würde eine halbe Million Mark Unterstützungsgeld notwendig machen. Trotzdem sagte die Versammlung den Beschluß, die Zugeständnisse der Baugewerksmeister abzulehnen, und namentlich an der Forderung eines Minimalstundenslohnes von 50 Pfg. für gewöhnliche Bauarbeiter, der vom 1. Mai ab gezahlt werden soll, festzuhalten. Nun wird die Schlichtungskommission noch einmal mit den Arbeitgebern in Verhandlung treten. — In den drei Berliner Teppichfabriken der Firmen Baader, Benjamin und Feibisch sind die Weber und Hilfsarbeiter am Mittwoch, den 5. April, in den Ausstand eingetreten. Versuchte Einigungsverhandlungen scheiterten an Herrn Feibisch. Verlangt wird neunstündige Arbeitszeit, Bezahlung der Nebenarbeiten und 15 pCt. Lohnerhöhung. Die Teppichweberei gehört zu der anstrengendsten unter den Webarten. Hiernach kann man die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit für wohl berechtigt halten. Die Nebenarbeiten erfordern sehr viel Zeit und müßte hierfür ein dem Durchschnittslohn dienlich entsprechender Stundenlohn gewährt werden. Die verlangte Lohnerrhöhung wird mit dem Wachen der Lebensmittelpreise motiviert. — Die Lohnbewegung der Gürtel- und Galanteriefabrikanten in Berlin ist durch das Einigungsamt mit Herbeiführung eines Tarifs ausgeglichen worden. Die Gehilfen dürfen nur Arbeit bei tarifstreuen Firmen nehmen, doch ist hierfür eine Uebergangszeit von einem Jahr vorgesehen, um alle Firmen für die Anerkennung des Tarifs zu gewinnen. — In Aachen sind 300 Maler in den Ausstand getreten. Gefordert werden 42 Pfg. Mindestlohn und von 1906 an 45 Pfg.; für jüngere Gehilfen 37 bezw. 40 Pfg. Das sind wohl erfüllbare Forderungen. — In Köln a. Rh. ist ein Schneiderstreik ausgebrochen. Die drei größten Maßgeschäfte Kölns haben den Tarif bereits anerkannt, sodas die Hälfte der Ausständigen zu den neuen Bedingungen arbeitet. Auch die Maler in Köln befinden sich in einer Tarifsbewegung. 200 Gehilfen arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen.

Zum Streik der Schuhmachere in Weiskensels wird uns am 10. April von dort geschrieben: Daß der Ausstand bis in die achte Woche dauern würde, und daß die Streikenden immer noch vor einem großen Fragezeichen stehen, schaute Niemand voraus. In der Geschichte der Schuhmacherebewegung ist kein Beispiel zu verzeichnen, wo die Arbeiter so einmütig zusammenhielten, aber auch kein Beispiel, wo Schuhfabrikanten solchen Starrsinn zeigten und nicht nur jede Verhandlung mit den Arbeitern ablehnten, ja auch die Vermittlung hochstehender Persönlichkeiten zurückwiesen. Borige Woche waren der Regierungspräsident Freiherr v. d. Rede und der Oberregierungsrat Dr. v. Lerpiz aus Merseburg nach Weiskensels gekommen, um mit dem Bürgermeister Wadahn über die Lage des Streiks zu verhandeln. Was dabei für die Arbeiter Gutes erwirkt worden ist, weiß man noch nicht. Einige Tage vorher war eine Abordnung des Weiskenseler Fabrikantenvereins bei der Regierung zu Merseburg vorstellig geworden, ausreichenden Schutz für die Arbeitswilligen nachzusuchen, wobei den Fabrikanten der Bescheid wurde, daß vorkommendenfalls die Gendarmerie des Weiskenseler Kreises zur Verstärkung der Polizei herangezogen würde. Eine leere Versprechung war die Zulage nicht, denn kurz darauf wurde ein etwa 35 Mann zählender Arbeitswilligentransport unter polizeilicher Eskorte, verstärkt durch Gendarmen, vom Bahnhofs nach den für die einzelnen Arbeiter bestimmten Schuhfabriken gebracht. Friedensboten sah die Bedeckung der hiesigen Arbeitswilligen nicht ähnlich. Tags vorher hatte der unheimliche Fabrikantenverein an die Gewerksvereiner und gemäßigten Fachvereiner eine öffentliche Aufforderung erlassen, zur Arbeit zurückzukehren, indem er sich bereit erklärte, allen berechtigten Wünschen über einen Lohnausgleich gerecht zu werden auch Lohnverbesserungen und andere einführbare Neuerungen zu erwägen, sobald eine bessere Geschäftslage dies ermöglige. Das wäre eine bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit gewesen. Die Ausständigen lehnten daher in einer großen Versammlung das Angebot ab und erklärten, unerfüllbar zusammenzuhalten, möge kommen, was da wolle. Hierauf erließ der Fabrikantenverein abermals eine Kundgebung und erklärte, daß er nicht verlange, daß die Arbeiter zu Kreuze kriechen sollten, die Fabrikanten arbeiteten gern mit ihren alten Leuten, doch könnten jetzt die Fremden, die ihnen schweres Geld gefloht, nicht mehr fortgeschickt werden, zu arbeiten wolle, habe nach wie vor ein gutes, dauerndes Brod, auch ohne schriftliche Lohnverträge. Nach dieser letzten Erklärung beharrte der Fabrikantenverein auf seinem Standpunkt, weder mit der Tarifkommission, noch mit den Fabrikantenschüssen in Verhandlung zu treten. Eine Ausnahme hierbon machte die Firma Lau, die den Vertrag unterzeichnete, und haben in dieser Fabrik 30 Gewerksvereiner und eine gleiche Zahl Fachvereiner die Arbeit aufgenommen. Neuerdings versucht der Rechtsanwalt Sprenger eine Verhandlung mit dem Fabrikantenverein anzubahnen. Wenn nur erst eine persönliche Aussprache mit den Kommissionen stattfinden könnte, dann würde es auch zu einem Ausgleich kommen. Aber die herrschenden Fabrikanten scheuen die Aussprache mit den Arbeitervertretern, analog wie die Grubenbesitzer im Ruhrgebiet es gethan haben.

Der Streik in der Schuhfabrik zu Jankenburg hat nun endlich nach zehntägiger Dauer ein befriedigendes Ende für die Arbeiter gefunden. Bei einzelnen Artikeln hat die Firma Lohnzulagen zugestanden. Außerdem erklärte sich die Firma aus Billigkeitsgründen bereit, die Rationen den Arbeitern zurückzuerstatten, welche das Gewerbegericht nach den Bestimmungen der Arbeitsordnung als verfallen erklärte. Die Hälfte der Streikenden ist am 4. April in Arbeit getreten, und die zweite Hälfte wird ohne Maßregelung spätestens bis Ostern eingestellt werden. Zu einem schriftlichen Lohnvertrag war die Firma nicht zu bewegen.

In ihrem Programm fordert die Sozialdemokratie die Einführung der **Verhältnißwahl**, wo sie aber an der Herrschaft ist, lehnt sie die Verwirklichung ihres eigenen Programms ab. So auch in Solingen. Mit 21 sozialdemokratischen Stimmen gegen 19 Stimmen von Besitzern aus den Christlichen und den Deutschen Christen-Dunkerschen Gewerksvereinen lehnte das Solinger Gewerbegericht die Einführung der Verhältnißwahl ab. Die Ablehnung geschah, weil man von der Verbesserung des Wahlsystems eine Verminderung der eigenen Besitzstellen befürchtet. Genau so handelt die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses auch, wenn sie die freisinnigen Anträge auf Verbesserung des Wahlrechts ablehnt. Denn auch hier hält man an dem elenden Wahlsystem fest, um keine Einbuße an Mandaten zu erleiden. Die Junker glauben wenigstens an ihren Herrscherberuf, für den sie nach ihrer Meinung durch die Geburt prädestiniert sind. Das ist natürlich ein lächerlicher Aberglaube. Die Sozialdemokraten aber suchen der Welt einzureden, daß sie für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit streben. Das ist nicht minder lächerlich, denn die roten Herrschaften lassen die Uebung jener schönen Tugenden nur für sich gelten. Junker und Sozialdemokraten aber denken übereinstimmend: Man soll den Ast nicht absägen, auf dem man sitzt. Denkende Arbeiter gehen über diese Interessenpolitiker zur Tagesordnung über.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1904.

Ortsverband Ansbach.

Das abgelaufene Jahr 1904 war für den hiesigen Ortsverband ein sehr arbeitsreiches, das beweisen jedenfalls die Zahlen der Versammlungen und Sitzungen, in denen der Verband seine Geschäfte erledigte. Stattdessen haben 5 Ortsverbandsversammlungen, 17 Auskuffigungen mit einer kombinierten und 2 öffentlichen Versammlungen. Am 2. Januar gründete der Verband innerhalb der Gewerksvereine eine Nebstinalkaffe, die am Schluß des Jahres mit einem Ueberschuß von 115 Mk. abschloß. Am 30. April wurde eine öffentliche Gewerksvereinsversammlung abgehalten, in welcher Kollege Goldschmidt-Berlin über die Arbeiterorganisationen, Koalitionsfreiheit und Koalitionszwang referierte. Die Versammlung war von vielen Gewerkschaften besucht, die wiederholt versuchten, die Versammlung zu sprengen. Der Referent tabelte natürlich ihr Benehmen und führte aus, daß solche Ruppigkeiten zu keinem guten Ziele für die Arbeiterfrage in Ansbach führen könne. Am 10. Juli hielt der Süddeutsche Ausbreitungsverband (Sitz Nürnberg) einen außerordentlichen Delegirtenstag hier ab, betreffend Anstellung eines Agitationsbeamten für Süddeutschland. Zu dem Delegirtenstag war auch Centralratsvertreter Kollege Klavon erschienen, welcher die herzlichsten Grüße von dort übermittelte. Der Vorort wurde nach Augsburg verlegt und ab Ostern 1905 ein eigener Agitationsbeamter angestellt. Am 1. August wurde in Schnelldorf ein D.V. der Fabrik- und Handarbeiter mit 21 Mann gegründet, welcher sich aber nach 4 Wochen auf Betreiben des Direktors und Theilhabers des Sägewerks, nebenbei aber auch noch Lehrer ist, wieder aufgelöst, obwohl der Ortsverband alle Hebel in Bewegung setzte, konnten wir den Verein nicht erhalten. Am 18. September referierte Kollege Seig von Süddeutschen Ausbreitungsverband in einer außerordentlichen Verbandsversammlung über: Was thut uns noch, um vorwärts zu kommen und Einführung des Vertrauensmännersystems. Seinen Ausführungen sollte die Versammlung reichen Beifall. Am 20. November fand die hiesige Gewerbegerichts Wahl statt, wozu sich die hiesigen beiden Organisationen (Gewerksverein und Gewerkschaften) vorher dahin geeinigt hatten, prozentual ihrer Mitgliederzahl die Wähler zu wählen. Es trafen hiernach auf die Gewerksvereine 4, auf die Gewerkschaften 6 Wähler, welche auch bei der Wahl anerkannt wurden. Es hat dieses gemeinschaftliche Vorgehen der beiden Organisationen gezeigt, daß mit der Gewerbegerichtswahl der Periode 1905 bis 1907 ein guter Erfolg erzielt wurde, und auch der Kostenpunkt ein für beide Theile minimaler war. Am 27. November wurde wiederum eine öffentliche Versammlung abgehalten über unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse und welche Pflichten erwachen hieraus für die Arbeiter. Als Referenten traten wir Kollegen Bleicher-Augsburg gewonnen, welcher sich seiner Aufgabe sehr zufriedenstellend entledigte. Redner bedauerte gleich bei Eröffnung der Versammlung, daß in Ansbach die Arbeiter so interresslos an den Versammlungen sind, da nur circa 40 Personen anwesend waren, demnach müssen hier sehr gute Löhne bezahlt werden. In der darauf folgenden Diskussion stellte sich aber das Gegentheil heraus. Stundenlöhne von 18 Pfg. an seien hier nicht seltenes. Wie voriges Jahr, so auch in diesem, wurde zu Weihnachten eine Christbaumfeier mit Kinderbescherung abgehalten, wobei sämtliche Kinder der Verbandsangehörigen beschenkt wurden. Tanz und verschiedene Vorträge hielten die Genossen bis spät in der Nacht beisammen. Am Anfang des Jahres sind Schritte zur Gründung eines Ortsvereins der Bauhandwerker, sowie Fabrik- und Handarbeiter unternommen worden und werden wir bald in der Lage sein, dieselben zu gründen, auf daß sich unser Ortsverband, der gegenwärtig aus drei Ortsvereinen mit 104 Mitgliedern besteht, das nächste Jahr um das Doppelte erhöht. Dazu ist es aber notwendig, daß die Verbandsangehörigen die Vorstandschaft in jeder Weise mit unterstützen helfen und vor allem die Versammlungen fleißig besuchen, dann wird es mit unserer Organisation am hiesigen Plage auch vorwärts gehen.

J. G. S. G. U. N. D. E. R. M. A. N. N., Schriftführer.

Gewerkevereins-Zeitung.

Duisburg a. Rh. Wir sind gezwungen, uns mit den hiesigen christlichen Gewerkschaften und ihren Männern in der Presse, die sich „Echo“ nennt, zu beschäftigen. Der Ortsverband Duisburg hatte mit den Gewerkschaften anlässlich der Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse für das Baugewerbe einen Kompromiß abgeschlossen. Unsere gemeinsamen Kandidaten wurden daher auch gewählt, während die christlichen Kandidaten durchfielen. Bedauerlicher Weise wird hier das Wort „christlich“ sehr mißbraucht, nämlich zu dem Zwecke, um damit auf die Wähler einzuwirken. Die Religion sollte aber dem aufrichtigen Christen viel zu hoch stehen, als daß er damit Stimmenfang betreibt. Das „Echo vom Niederrhein“, ein Blatt mit sehr geringer Abonnentenzahl, regt sich nun über den Ausfall der Wahl auf und schimpft über die Gewerkschaften. Der Verfasser des Artikels faßt von „Steigbügelhalten“, traurige Rolle spielen bei sozialpolitischen Wahlen u. s. w. Bei den Gewerkschaften bewähre sich das Sprichwort: „Nur die allergrößten Räuber, wählen ihre Messer selber.“ Mit Rücksicht auf die Bedeutungslosigkeit des kleinen Kläffers waren wir Anfangs im Zweifel, ob wir überhaupt darauf antworten sollten. Wir wurden dann darüber schlüssig, in einem Eingangsblatt im „Duisburger Generalanzeiger“ zu antworten. Wir erklärten, daß jenseitens der Verfasser im „Echo“ die Gewerkschaftswahl in Rempten im Auge hatte, als er von den Rälbern sprach, denn dort hat der katholische Arbeiterverein mit den Sozialdemokraten einen Kompromiß abgeschlossen bei den Gewerkschaftswahlen gegen die Gewerkschaften. Die Remptener „Christlichen“ erleben aber die Blamage, daß sie auf ihren 700 Mann starken Arbeiterverein nur 1 Kandidaten bekamen. Einen Kompromiß, bei dem wir so mißbelehrt worden wären, hätten wir nicht abgeschlossen. Wo muß also das „Echo“ die größten Räuber antreffen können? Wir haben bei der Vertreterwahl 34 unserer Kollegen durchgebracht. — Das Eingangsblatt im „Generalanzeiger“ wirft. Man widmete den Gewerkschaften einen ganzen Beilagsartikel und stellte neue Fragen, obgleich das „Echo“ von uns doch sonst gar nichts wissen will. Unser Hinweis auf Rempten aber blieb unbeantwortet. Das war heiter! Wir liegen aber nicht locker und kamen daher mit einem zweiten Eingangsblatt, worin wir nochmals energisch darauf hinwiesen, daß wir in Duisburg nichts anderes gethan, als was die „Christlichen“ in Rempten selbst für gut hielten, nur daß wir den Kompromiß würdiger und für uns nützlicher abgeschlossen hatten. Darauf antwortete das „Echo“ endlich und meinte, tief bekümmert, wenn es wahr wäre, daß in Rempten die „Christlichen“ so gehandelt hätten, so sei das von ihnen eine grenzenlose Dummheit gewesen. Nun wahr ist es, wie es bekanntlich auch wahr ist, daß bei den politischen Wahlen das Centrum mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache in Bayern gemacht hat. Bei den Wahlen zu einer Krankenkasse handelt es sich aber nicht um Parteisachen, sondern um einfache wirtschaftliche Fragen ohne parteipolitische Tendenz. Das „Echo“ muß aber wissen, wie es die Intelligenz seiner Vernehmungsgegenossen anderorts einschätzen darf. Weil es sich nun aber bei der Vertreterwahl zu einer Krankenkasse in Duisburg nicht um eine parteipolitische That handelte, müssen wir dem „Echo“ den Vorwurf machen, daß es den Streit mit uns vom Saune gedrohen hat. Die Schuld liegt an dem Redakteur, der heute nicht mehr weiß, was er noch vor kurzer Zeit, nämlich am 5. Dezember 1904, erklärt hat. Schon an diesem Tage wurde der Redakteur in einer Versammlung auf den Vorgang in Rempten aufmerksam gemacht. Damals antwortete er: „Die „Christlichen“ in Rempten hätten ganz recht daran gethan, sie böten eben Jedem die Hand, gleichviel ob es sich um kirchlich-Dunkelste oder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter handelte. Weil der Echo-Redakteur sich nun durch den Angriff auf uns verhebbelt hatte, so mußte er am 30. März einen Vorgang für eine grenzenlose Dummheit erklären, den er am 5. Dezember noch gebilligt hatte! — Nachdem nun aber das Blatt auf unsere Frage eingegangen ist, wenn auch nur in der geschicktesten ungeschicktesten Art, so wollen wir ihm auch die Fragen beantworten, hinter die es sich erst verschlang hatte, um der Antwort über Rempten womöglich enttrinnen zu können. Seine Fragen lauten:

1. Ist es wahr, daß zwischen den H.-D. Gewerkschaften und den „freien“ Gewerkschaften an den Orten, wo die christl. Gewerkschaften noch nicht stark geworden sind, ein scharfer Kampf wogt? 2. Ist es ferner wahr, daß die „freien“ Gewerkschaften überall die H.-D. Gewerkschaften vor die Thüre setzen, wo sie Macht dazu haben? 3. Ist es ferner wahr, daß die „freien“ Gewerkschaftsführer die H.-D. G. als reise Frucht betrachten, welche ihnen bald in den Schoß fallen muß? Wir fragen ferner: 4. Ist es wahr, daß die Führer der H.-D. G. immer noch zu behaupten wagen, sie ständen auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, daß sie also geborene Gegner der im sozialdemokratischen Fahrwasser schwimmenden „freien“ Gewerkschaften seien? 5. Ist es ferner wahr, daß die sozialistischen Führer der „freien“ Gewerkschaften nur vom Klassenkampf das Heil für die Arbeiter erwarten, wogegen die H.-D. G. wenigstens in ihrem Programm eine Einigung durch die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit erstreben? Stehen diese prinzipiellen Anschauungen sich nicht so feindlich gegenüber wie Feuer und Wasser, so daß die eine Stellung die andere vollständig ausschließt?

Zu Frage 1 bis 3 verweisen wir darauf, daß der Kampf zwischen den Gewerkschaften und Gewerkschaften im vergangenen Jahr auf der ganzen Linie getobt hat, besonders bei den Metallarbeitern, also nicht nur an Orten, wo die christl. Gewerkschaften noch schwach sind. Wo wir angegriffen werden, wissen wir auch unseren Mann zu stellen, und man sollte doch wohl annehmen können, daß dies auch die christl. Gewerkschaften wüßten, da sie es doch schon selbst erfahren haben. Betreffs der „reife“ Frucht brauchen wir uns nur auf den oben angeführten Kampf berufen. Unsere Gewerkschaften werden ihre Selbstständigkeit und Unabhängigkeit dauernd zu verteidigen wissen. Die Frage 4 beantworten wir mit einem entschiedenen Ja! Die Krankenkassenwahlen erfolgen auf Grund des Reichsgesetzes, sie sind unpolitisch. In dem Augenblick, wo sich die Gewerkschaften mit uns für diese Wahlen verbündeten, bekundeten auch sie, daß sie aus diesen Wahlen keine Parteisache machen wollen. Unsere Grundätze blieben dadurch unverletzt. Dagegen ist sogar vorher eine Beschlußfassung bei dem Kompromiß erfolgt. Wir glauben aber zu derartigen Abschlüssen auch ohne Genehmigung des „Echo“ oder sonstiger christlichen „Großen“ berechtigt zu sein. Warum wir das alles hier sagen? Nun, unsere Ansicht ist es, sämtlichen Mitgliedern die unchristlichen Verdrehungskünste der Christlichen vom „Echo“ vor

Augen zu führen. Die Artikel im Duisburger Generalanzeiger wurden uns derartig beschneidet, daß wir auf weitere Einwendung Verzicht leisteten. Die Nothwendigkeit einer Tageszeitung hat sich hier wieder erwiesen, und können wir einestheils den Herren nur dankbar sein, daß dieselben so für unsere Zeitung Propaganda machen. Wenn der hiesige Nachgeschmack über den Reinfall bei der Wahl so lange anhält, so sind diese Herren mit ihrem spaltenlangen Artikel selbst schuld. Vielleicht vertrat man auch den Standpunkt, dadurch aus seiner Bedeutungslosigkeit herauszukommen. Folgendes paßt aber ausgezeichnet auf den Redakteur jenes unter Ausschluss der Öffentlichkeit erscheinenden Blattes:

Mit Artikel schreiben und Stricken vertreibt
Er seine müßigen Stunden,
Es haben die Strümpfe, die er gestrickt,
Sehr großen Beifall gefunden!

Erdenbach. Die am Sonntag, 12. März, Nachm., im lokale Otto Ehling einberufene Versammlung hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Herr Leitz, Vorsitzender des D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter eröffnete die Versammlung um 4 Uhr und ließ die Christlichen und den Herrn Referenten Reppeler-Schramberg willkommen. Der Referent sprach über die wirtschaftliche Lage der Fabrik- und Handarbeiter. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. In der Diskussion nahm Kollege Schartz-Raiserslautern das Wort, um die länderlichen Arbeiter aufzufordern, den Arbeitern in der Stadt den Lohn nicht zu brüchen, sondern mit diesen eine Verbesserung der Lage der Arbeiter durch den Anschluß an die Organisation anzustreben. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die Gewerkschaften und den Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch.

Karl Kanrad, Schriftführer.

Oldenburg i. Gr. (Fabrik- und Handarbeiter). Im Februar d. J. erfuhren wir, daß vom Centralverband der Brauereiarbeiter ein Lohn-tarif an die Brauereien Hoyer und Haslinde eingereicht worden sollte. Unsere Ortsvereine in Oldenburg und Ohmstedt setzten sich mit dem Vorsitzenden des Centralverbandes, Herrn Anton Kraft, in Verbindung mit dem Ersuchen, gemeinschaftlich zu arbeiten, da auch Mitglieder unserer Ortsvereine in den genannten Brauereien thätig sind. Wir erhielten aber eine abschlägige Antwort, welche dahin motiviert wurde, daß die Zahl unserer Mitglieder ansehnlich so gering sei, daß sie für die Bewegung kaum in Betracht komme. Der Centralverband hatte es deshalb nicht für notwendig, daß unsere Ortsvereine einen Vertreter entsenden, zumal unsere Hinzuziehung vielen Vertretern anderer Organisationen den Abschluß nur schwer machen würde. Der Centralverband wollte aber so gültig sein, unseren Mitgliedern zu gestalten, und von dem Resultat der Verhandlungen Nachricht zu geben. Wir sollten also abwarten und schließlich einfach gut heißen, was die Centralverbändler zu beschließen für richtig befanden. Diese hochmüthige Art der Ablehnung unserer Mitwirkung mußte selbstverständlich energisch zurückgewiesen werden. Wir traten daher selbstständig mit dem Vorsitzenden der Brauereivereinigung in Verbindung und reichten einen von uns aufgestellten Tarifvorschlag ein, welcher mit wenigen Änderungen auch von den Arbeitgebern anerkannt wurde. Der von den Verbändlern durch die Post an die Arbeitgeber eingesandte Tarif fand weniger Beachtung, insbesondere der letzte Paragraph, daß bei Streitigkeiten zwischen den Brauereien und den Angestellten der Vorstand des Centralverbandes zu entscheiden habe. Es war ganz selbstverständlich, daß die Arbeitgeber dies einseitige Schiedsamt ablehnten. Dagegen wurde der in unserm Tarifentwurf vorgeschlagene Paragraph, daß Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vom zuständigen Gewerbegericht als Eingangsamt entschieden werden sollten, anerkannt. (Sollten sich früher schon Differenzen zeigen, so müßte ein anderes paritätisches Schiedsamt, das objektiv urtheilen kann, berufen werden. Red. b. Gewerks.) Der so von den Brauereien gut gehehene Tarif fand auch die Billigung unserer Mitglieder. Die Gegner aber waren nicht zufrieden, weil sie mit ihrem Hochmuth abgefallen waren. Jetzt sollte die Entscheidungsschlichtung kommen. Wir hatten unser Lager gesichert. Unser Generalkontrolleur Kaab-Burg stand uns zur Seite. Von Freitag bis Montag sollte die Entscheidung kommen. Die müthigen Centralverbändler erkannten noch früh genug an, daß ihr hochmüthiges Spiel verloren war und gaben Klein bei. Nun herrscht bei uns großer Friede.

Am Sonntag Nachmittag fand eine Ortsvereinsversammlung mit Damen statt, in welcher Kollege Kaab den Vortrag hielt und lebhafteste Begeisterung erweckte. Dann folgte eine gemütliche Unterhaltung, bei welcher auch der Sängerbund mitwirkte. Es erfolgten mehrere Neuaufnahmen. Am Montag Vormittags 9 Uhr, hatten die Verbändler eine Unterredung mit dem Herrn Direktor Hoyer, um 11 Uhr hatten wir die Unterredung. Ebenso Nachmittags bei Herrn Haslinde. Unsere Verhandlungen hatten einen durchaus würdigen und freundlichen Charakter. Der Kampf war zu Ende! Auf unserer Seite war der Sieg! Auf den Brauereien bestand immer ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Zum Beispiel auf der Hoyer'schen Brauerei erhielten die Arbeiter bei militärischen Übungen für 14 Tage den vollen Lohn ausbezahlt, jetzt erhalten sie auf Grund der Eingabe der Verbändler nur 1,50 Mk. pro Tag vergütet. So haben die Verbändler in einem Punkte selbst eine Verschlechterung verlangt und die ist ihnen gewährt worden. Die Hoyer'schen Arbeiter werden sich nächstens bei dem klugen Vorstand des Centralverbandes für die „glückliche Vertretung“ ihrer Interessen bedanken. Auch Herr Haslinde hat sich für sachlich vorgebrachte Ansprüche der Arbeiter immer zugänglich gezeigt.

Am Montag Abend fand eine Versammlung im Ortsverein Ohmstedt statt, Dienstag eine solche in Delmenhorst, an welcher auch der Unterzeichnete theilnahm. Die Versammlungen waren gut besucht. Kollege Kaab wird Oldenburg gewiß mit aufrichtiger Verbriedigung verlassen haben. Wenn nun auch Waffenstillstand ist, so müssen wir doch auf dem Posten sein. Die Mitglieder müssen dafür sorgen, daß wir in Wäbe die Wehrzahl der in den Brauereien beschäftigten Arbeiter zu unserer Organisation zählen. Der ebenso ungeschickte wie hochmüthige Centralverband hat uns die Agitation leicht gemacht und er hat sich erwiesen als ein Thell jener Kraft, die Alles gewollt, aber Gutes geschafft!

S. Sandvoss.

Waldenburg. Der Ortsverband hielt am 26. März seine erste Versammlung für das Jahr 1905 ab. Der Vorsitzende Rieger eröffnete die Versammlung um 8 1/2 Uhr. Der Vorsitzende gab einen Rückblick auf das vergangene Vierteljahr, welches sehr aufregend war. Genosse

Einpanner bedauert, daß die Siebenertkommission erst den 28. März zum Bergarbeiterkongreß in Berlin zusammentritt und die Beratungen der Berggesetznovelle im Landtage bereits den 27. März begannen. Der Vorsitzende gab einen kurzen Ueberblick über die Thätigkeit des Verbandes im verfloßenen Jahre. Es wurden 10 Ausschüßigungen und 3 Versammlungen abgehalten. Im Bezirk des Ortsverbandes wurden 2 Vereine gegründet, welche sich auch dem Ortsverband anschließen, und zwar der D.-B. der Bergarbeiter Hermsdorf (in Weißstein gegründet) und der D.-B. der Schuhmacher und Lederarbeiter Waldenburg, so daß am Schluß des Jahres der Verband 13 Vereine zählt. Auch wurde mit Hilfe von mehreren Mitgliedern des Verbandes der D.-B. der Bergarbeiter Altwasser gegründet. Inlere durchreisenden Verbandsgenossen werden untergebracht in der Herberge zur Heimath und haben 21 Kollegen dieselbe in Anspruch genommen. Es wurde ein Arbeitersekretariat und ein Ausbreitungsverband gegründet. Appell gab den Kasienbericht und Ungeraten den Revisionsbericht. Rasse und Bähler befanden sich in bester Ordnung. Am 9. April findet ein Vortrag des Herrn Dr. Pöhl in eier Berlin in Hermsdorf statt über soziale Fragen und Irthümer. Das 20. Sitzungsfest soll am 16. Juli im Schützenhaus gefeiert werden.

§ Köhlingshausen. Am Sonnabend, 25. März, fand im Saale Schöbe eine öffentliche Gewerkeversammlung statt, die aber nur schwach besetzt war. Kollege Leonhardt aus Neu-Beckum sprach über die Nothwendigkeit der Bildung. Je höher die Arbeiterschaft in ihrer Bildung komme, je erfolgreicher könne sie ihre Angelegenheiten vertreten. Der Redner sprach dann über das Koalitionsrecht und forderte alle Arbeiter auf, in die Gewerkevereine einzutreten. Die Gewerkevereine müßten nach englischem Beispiel große Summen in ihrer Kasse aufspeichern, um große und andauernde Kämpfe, wenn sie nothwendig würden, erfolgreich führen zu können. Die Arbeiterschaft möge nur den Ernst der Lage erkennen. Die Gewerkevereine hätten im Bergarbeiterkampf ihre volle Pflcht erfüllt und ihre im Ausstand befindlichen Mitglieder ausreichend unterstützen können.

Anton Böhm er, Ortsverbandsschriftführer.

Verbands-Zeitung.

Verband der Deutschen Gewerkevereine (Grüß-Danker).

12. Sammelliste

für die streikenden Bergarbeiter und andere durch den Streik ausgeperrte Arbeiter.

Maschinenbau- und Metallarbeiter: Saalfeld Nr. 130. Ortsverbände: Gelsenkirchen 318,95. Summa Nr. 317,25. Bereits quittirt Nr. 44728,95. Insgesamt Nr. 45046,20.

Ich bitte nunmehr um schleunige Einsendung der restlichen Sammelgelder einschließlich der Listen, da die Sammlung abgeschlossen werden soll.

Berlin, 10. April 1905. R. Klein, Verbandskassierer.

Gewerkeverein der Stahl- (Textil-) Arbeiter.

Die Herren Delegirten werden gebeten, die Zeit ihrer Ankunft in Cottbus am Delegirten tag bei dem Unterzeichneten anzumelden.

Rudolf Berger, Sekretär des D.-B. d. Stahl- (Textil-) Arbeiter Cottbus, Pfaffenstr. 91.

Gewerkeverein der Deutschen Stahlarbeiter (Textilarbeiter) und verwandter Berufsgruppen.

Den Abgeordneten, welche am 1. Osterfesttag nach Cottbus kommen, zur Nachricht, daß alle im „Hotel zum weißen Roß“, wo auch die Generalversammlung tagen wird, Logis finden werden.

Ferner zur Nachricht, daß die Eröffnung der Generalversammlung am Sonntag, 23. April, Nachmittags 4 Uhr, stattfindet. Auf der Tagesordnung für die Generalversammlung ist irtümlich Montag statt Sonntag gedruckt.

Sächsischer Ausbreitungsverband.

Die Herren Delegirten werden ersucht, zu dem am 23. und 24. April stattfindenden außerordentlichen Delegirten tag in Chemnitz frühzeitig dafelbst einzutreffen. Am 23. April findet nach der Vorversammlung zu Ehren der Delegirten von 8 Uhr Abends an Kommerz statt. Gleichzeitig wird gebeten, die Anmeldung der Delegirten, sowie die Ankunft in Chemnitz beim Kollegen Walthar, Eimbacherstraße 2, rechtzeitig bewirken zu wollen.

Zum Empfangen befindet sich auf dem Hauptbahnhofe ein Komitee. Erkennungszeichen: Kojette schwarz-rot-weiß.

Die Ortsvereine Chemnitz und der Vororte.

Norddeutscher Ausbreitungsverband.

Protokoll der Vorstandssitzung vom 28. März, abgehalten im Lokale Engelle. Anwesend sind die Kollegen Ruff, Gallies, Klemm, Frau Kahlenkamp und Piefker; entschuldigt fehlt Genosse Böttner; unentschuldig Genosse Bleiweis. Als Gäste nehmen Genosse Kahlenkamp und Frau Gallies an der Sitzung theil. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 9 Uhr Abends. Das Protokoll der letzten Sitzung wird nochmals verlesen. Zunächst giebt der Vorsitzende bekannt, daß sich die D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter-Bühlshof und D.-B. der Maschinenbauer-Bütow vom 1. Januar unserm Verband angeschlossen haben. Auf die Aufforderung zum Besuch unseres Delegirten tages an die noch nicht angeschlossenen Vereine, sind Schreiben von den Ortsvereinen der Maschinenbauer-Elbing, Maschinenbauer-Ostsee, Bauhandwerker-Posen und Königsberg i. Pr., Graphische Berufe und Maler-Stolz eingegangen; diese werden zur Kenntniß genommen. Die weiteren eingelaufenen Schreiben von den Ortsvereinen der Klempner-Posen, Fabrik- und Handarbeiter-Lüßke, Maschinenbauer-Dalenitz, Maschinenbauer-Pafsch, Fabrik- und Handarbeiter-Gulmsen und Schneider-Posen sollen vom Schriftführer beantwortet werden. Der D.-B. der Maschinenbauer-Königsberg R.-M. entsendet einen Vertreter zum Delegirten tag. Die zum Verband zugehörenden Ortsvereine der Maler-Stettin, Tischler I-Stettin, Maschinenbauer-Langelow, Maschinenbauer II-Stettin, Gemischt Gewerke-Stettin, Maschinenbauer-Frauen-dorf und Maschinenbauer-Bromberg zeigen die Wahl eines Kandidaten zum Delegirten tag an. Ein Schreiben der Elgarren- und Labararbeiter-Brenzlau, betreffs Dänenfrage zum Delegirten tag, ist vom Schriftführer bereits beantwortet. Der Centralrath theilt mit, daß der Antrag betreffs Entsendung eines Vertreters genehmigt ist; Genosse Reußert ist hierzu beauftragt. Das

von diesem vorgeschlagene Thema zu einem Referat: „Zeit- und Streitfragen in der deutschen Arbeiterbewegung“, findet einstimmige Annahme. Die Generalräthe der Gewerkevereine der Maschinenbauer und der Tischler theilen mit, daß sie sich bezüglich eines Zuschusses bei Anstellung eines besoldeten Beamten ablehnend verhalten. Anträge zum Delegirten tag sandten ein die Ortsvereine der Fabrik- und Handarbeiter-Siebenbrunn, Töpfer und Ziegler-Jägerhof, Maschinenbauer-Bromberg und Frauendorf. Vom Vorstand soll noch eine Aenderung des § 6 unseres Statuts beantragt werden. Die nähere Ausführung wird dem Schriftführer überlassen. Ein Schreiben des Genossen Gah-Stolz soll bei Versendung der Tagesordnung zum Delegirten tag mit beantwortet werden. Ferner wird noch beschlossen, zu den Verhandlungen nur diejenigen zuzulassen, die sich als Mitglied des Gewerkevereins durch Quittungsbuch legitimiren können. Die weiteren Besprechungen zum Delegirten tag sollen in der Sitzung am 4. April, Abends von 8 1/2 Uhr ab, fortgesetzt werden. Alsdann folgt Berichterstattung der Reise des Schriftführers nach Pafewall und Eggeln. Zuvor giebt der Vorsitzende den Grund der Beschleunigung des Antrages bekannt, die Kollegen erklären sich mit der schleunigst stattgefundenen Abstimmung einverstanden. Alsdann berichtet der Schriftführer und giebt ein anschauliches Bild über die Erfolge und ist im Großen und Ganzen mit der Besprechung in Cottbus zufrieden. Der Kollege Gallies berichtet über die Gründung eines D.-B. der Schneider in Potsdam. Dieser Ortsverein soll bis auf Weiteres kräftig unterstützt werden. Ein Antrag des D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter-Finkenwalde, um Entsendung eines Redners, wird einstimmig angenommen. Kollege Ruff übernimmt die Mission. Ferner wird beschlossen, den fälligen, statutenmäßigen Zuschuß vom Centralrath zu beantragen. Da weiter nichts vorliegt, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 12 Uhr Nachts.

R. Piefker, Schriftführer.

Norddeutscher Ausbreitungsverband.

Bezugnehmend auf die an sämtliche Ortsvereine der Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen, Pommern, Brandenburg, Mecklenburg und Schleswig-Holstein ergangene Aufforderung zum Beitritt und Einladung zu dem am 23. und 24. April cr. (1. und 2. Osterfesttag) in Stettin im Lokale Engelle, Schifferstr. 9a, stattfindenden Delegirten tag, geben wir folgende Tagesordnung bekannt:

A. Vorversammlung. 1. Prüfung der Mandate u. Revision der Geschäftsordnung; 2. Festsetzung der endgiltigen Tagesordnung; 3. Wahl des Bureau's.

B. Hauptversammlung. 1. Bericht über die Thätigkeit des Verbandes; 2. Bericht über den Stand der Kasse; 3. Referate und Diskussion über: a) Zeit- und Streitfragen in der deutschen Arbeiterbewegung, Referent: Centralratsvertreter Genosse Reußert; b) Ist es nothwendig, einen besoldeten Beamten angustellen? Referent: Vorstandsmitglied Genosse Böttner; 4. Anträge bezüglich des Verbandsstatuts; 5. Anträge bezüglich a) Geschäftsordnung; b) Festsetzung der Entschädigung zum Delegirten tag; 6. Anträge zur Agitation; 7. Verschiedene Anträge; 8. Wahl des Vorortes und des ersten Vorortandes; 9. Wahl der auswärtigen Ausschüßmitglieder; 10. Wahl des Ortes des nächsten Delegirten tages.

Wir legen sämtlichen Ortsvereinen nochmals ans Herz, den Delegirten tag recht zahlreich besichtigen zu wollen.

Der Vorstand
Ruf, Ruff, Franz Gallies, Rudolf Piefker,
Vorsitzender, Kassierer, Schriftführer.

Westsächsischer Ausbreitungsverband.

Protokoll der 4. Vorstandssitzung am 24. März, Ab. 9 Uhr, im Arbeitersekretariat. Anwesend sind Heinen, Moritz, Warbus, Grüßen und Arbeitersekretär Appel. Kollege Heinen eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Konstituierung des Vorstandes. 2. Evangelischer Rufus Frankfurt. 3. Tageszeitung. 4. Bergarbeiterzeitung. Der Vorsitzende begrüßt das neugewählte Vorstandsmitglied Grüßen und hofft, daß es im Interesse unserer Sache wirksam thätig sei. Als 1. Schriftführer wurde Kollege Wilkens, als 2. Schriftführer Kollege Grüßen gewählt. Betreffs des evangelischen Rufus wurde beschlossen, zwei Kollegen eine Unterstützung seitens des Ausbreitungsverbandes zwecks Theilnahme an demselben zukommen zu lassen. Es meldeten sich zur Theilnahme sieben Kollegen, davon wurde einer sofort gewählt, während der zweite noch näher bestimmt werden soll. Ueber die Tageszeitung wird berichtet, daß erneut 3000 Sammelkarten gedruckt wurden und die Sammlungen stetig vorangehen. Im Allgemeinen habe der Bergarbeiterstreik hemmend in der Agitation gewirkt, da er eine Unmenge Arbeit mitbrachte; desto stärker soll dieselbe von Ostern ab betrieben werden. In der Diskussion wurde allgemein darauf hingewiesen, daß jetzt mit aller Energie an die Agitation für das Zeitungsjahr heranzugehen werden müsse. Die Restvertheilung der Sammelgelder vom Bergarbeiterstreik wurde im Allgemeinen gut geheißen. In einem Brief des Kollegen Jakob-Essen betreffs Unterstützung von nichtbezugsberechtigten Mitgliedern bei einem Streik in Oberhausen soll noch näherer Auskunft eingefordert werden. Schluß 11 1/2 Uhr. Willems, Schriftführer.

Mitteldeutscher Ausbreitungsverband.

Sitzung des Ausschusses vom 31. März in Halle a. S. Anwesend waren sämtliche Ausschüßmitglieder; die Kollegen Werner (Tischler-Halle) und Hendrich (Graph. Berufs-Halle) als Gäste. Nach Berlegung eingegangener Schriftstücke gab der Kassierer Müller einen Bericht, wonach sich dem Verband bis dato 40 Vereine mit 2041 Mitgliedern angeschlossen haben. Der D.-B. der Textilarbeiter-Gera wird aufgenommen. Zur Aufnahme gemeldet haben sich die Ortsvereine der Fabrik- und Handarbeiter-Samburg und der Graph. Berufe und Maler-Ansbach. Um der für Mitteldeutschland so nothwendigen Zeitungsfrage, die vom Ausschüß nicht aus dem Auge gelassen wurde, näher zu treten, gab Kollege Hendrich über den Kostenpunkt zur Herstellung und Versand der Zeitung bei einem dreimal wöchentlichen Erscheinen in einer Auflage von 2000 Exemplaren ein anschauliches Bild. Es wurde beschlossen, die Zeitung unter dem Titel: „Mitteldeutscher Volksfreund“, Organ des Ausbreitungsverbandes der Deutschen Gewerkevereine für Mitteldeutschland, ins Leben zu rufen. Kollege Hendrich wird eine Probenummer herstellen, welche allen Ortsvereinen Mitteldeutschlands zugehen soll als gleichzeitige Einladung zum ersten Delegirten tag am Osterfesttag, Vormittags 11 Uhr, in der Borsenhalle in Halle a. S. Die Tages-

ordnung des ersten Delegiertentages besteht aus folgenden Punkten: 1. Mandatsprüfung, 2. Tätigkeitsbericht, 3. Kasfenbericht, 4. Statutenberatung, 5. Anträge, 6. Zeitungsfrage.

Die Delegierten werden gebeten, ihre Anmeldungen baldigt zu bewirken, auch möglichst mit der Erklärung, ob dieselben sich am gemeinsamen Mittagessen beteiligen.

Wilh. Holmelin, Schriftführer.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.)
Die Sitzungen am Mittwoch vor und Mittwoch nach Ostern fallen aus. — **Sängerkhor der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.)** Jeden Donnerstag, Ab. 9—11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Freitag, 14. April. Frauen u. Mädchen I.** Ab. 8 Uhr bei Revl. Blücherstr. 42. **Sonnabend, 15. April. Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Gohlke, Beusselstr. 22. Anträge zur Generalversammlung der Krankenkasse. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter IV.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Meyer, Teltowstr. 3. Generalratsprotokolle. Anträge z. Delegiertentag. Vorschläge z. Generalrat, Centralrat etc. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Ab. 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Verbandshauses, Vortrag des Herrn Hoffmann mit Lichtbildern über: Reise zur See nach Portugal, Pompeji und Befestigung des Bewus. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Klavon. Protokoll. Vorschläge z. Generalrat, Centralrat und Generalrevisoren. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XI.** Ab. 8 1/2 Uhr, Birkenstr. 58 bei Ruge. Vorschläge z. General- und Centralrats-Vertretern. Vortrag d. Kollegen Schnell über: Unfall-Versicherungsbeitrag. — **Klempner und Metallarbeiter V.** Ab. 9 Uhr bei Hedwig, Eitenstr. 72. — **Fabrik- und Handarbeiter I.** Ab. 8 1/2 Uhr, Tempelherrenstr. 20a. L.-D.: Beschlussfassung über Erhebung eines Ertragsbeitrages. Verschiedenes. — **Fabrik- und Handarbeiter IV.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Fätsch, Fustitenstr. 34. L.-D. daf. und Vortrag des Kollegen Lewin. — **Fabrik- und Handarbeiter V.** Ab. 8 1/2 Uhr, Dunderstr. 8 bei Krani. L.-D.: Verlesung der Protokolle. Aufnahme neuer Mitglieder sowie Beitragszahlung. Beschlussfassung über den zu erhebenden Kassenfonds. Nachdem innere Vereinsangelegenheiten. — **Fabrik- u. Handarbeiter VIII.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Mann, Michaelstr. 24. L.-D. daf. — **Stuhl- (Textil-) Arbeiter.** Ab. 8 1/2 Uhr, Restaurant Rietz, Or. Frankfurterstr. 133. L.-D.: Generalratsprotokoll. Weitere Besprechung über die Anträge zur Generalversammlung. Verschiedenes. — **Frauen und Mädchen IV.** Montag, 17. April, Ab. 9 Uhr bei Böbling, Schweinmünderstr. 86. L.-D.

daf. — **Tischler I.** Sonnabend, 22. April, Ab. 8—10 Uhr, Knaalstr. 21, nur Beitragszahlung. Dienstag, 23. April (3. Osterfeiertag), Vorm. 10 Uhr, Besichtigung der händigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg. Treffpunkt Berliner- und Bismarckstr.-Cafestaurant. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Nitzdorf. Klempner u. Metallarb. Sonnabend, 22. April, Ab. 8 1/2 Uhr im Vereinslokal d. Gröpler, Bergstr. 147.

Schwes und Medizinerverbände.
Brandenburg (Ortsverband). Sonnabend, 15. April, Ab. 8 1/2 Uhr, im „Glycium“ Generalversammlung. Vortrag des Verbandssekretärs Neufeldt-Berlin: „Was wollen und können die Organisationen.“ Gäste willkommen. — **Dortmund (Ortsverband).** Sonntag, 16. April, Nachm. 4 Uhr, Ortsverbandversammlung zwecks Gründung eines Ortsvereins der Bergarbeiter bei Wirth Stork in Hombrud. — **Münheim (Vahr) (Ortsverband).** Sonntag, 16. April, Vorm. 11 Uhr, Charlottenstr. Drei Kaiserpaal. — **Cueblinburg und Umgeg.** (Ortsverband). Sonntag, 16. April, Nachm. 4 Uhr in Weddersleben bei Gust. Gerde. L.-D.: Protokoll. Geschäftsbericht. Vortrag über: „Parteilosigkeit und Gewerksvereine.“ Verschiedenes. — **Witten und Umgeg.** (Ortsverband). Sonntag, 16. April, Nachm. 3 Uhr, komb. Ausschussführung in Langendreer bei Wirth Klaas, Bahnhofstr. 8. — **Delmenhorst (Ortsverband).** Mittwoch, 19. April, Nachm. 5 Uhr im Mentens Hotel. — **Lauban (Ortsverband).** Sonnabend, 22. April, Monatsversammlung. — **Aue u. Umgeg.** (Ortsverband). Montag, 24. April (2. Osterfeiertag), Nachm. 2 Uhr, Ausschussführung. Am 3 Uhr Bes. in Bernsdorf bei Baumann.

Wendungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.
Berlin (Fabrik- u. Handarbeiter). August Bede, Kassirer, Siegenstr. 42, Dvergebäude 1 Et.

Charlottenburg (Fabrik- u. Handarbeiter). August Heppner, Schriftführer, Berlin NW, Stingendorferstr. 5.

Berlin I. (Klempner und Metallarbeiter). Nr. 3352, Dswald B 5 h m, eingetr. 14. 9. 1889, geb. 13. 7. 1845, gef. 6. 3. 1905. Nr. 6472, A. Berg, eingetr. 18. 2. 1899, geb. 10. 11. 1889, gef. 1. 4. 1905.

Briefkasten.
Der Schluss des Artikels über die preussischen Bergarbeiter in Berlin mußte aus Raummangel für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Anzeigen=Zheil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Sonntag, 23. April 1905 (1. Osterfeiertag)

Große Matinee

in den Prachträumen des Verbandshauses
Greifswalder Straße 221/23
veranstaltet vom

Centralrat der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.)
zum Besten des

Central-Arbeitsnachweises

der **Berliner Ortsvereine.**

Die Gesangsänge werden von der Gesangs-Abteilung des „Vereins der Deutschen Kaufleute“ vorgetragen.

Anfang päntlich Mittags 12 Uhr. Entree 30 Pfg.

Zu recht zahlreicher Beteiligung ladet hierdurch ein

Das Bureau des Centralrats.

Ausbreitungsverband
der Deutschen Gewerksvereine Süddeutschlands (S.-D.)
Bezugnehmend auf § 11 und 13 unserer Satzungen, berufen wir hiermit den diesjährigen

ordentlichen Delegiertentag

für die Osterfeiertage, 23. bis 24. April, nach Biberach a. d. R. ein. Beginn der Vorversammlung am 23. April Nachmittags 3 Uhr im Gasthaus zur „Laute“.

Als Tagesordnung zu der am 2. Feiertage früh beginnenden Hauptversammlung wird vorläufig festgesetzt:

1. Tätigkeitsbericht.
2. Kasfenbericht.
3. Uebernahme der „Wacht“ auf den Ausbreitungsverband.
4. Anstellung resp. Wahl eines Beamten.
5. Neuwahl der Leitung.

Betreffs Beteiligung am Delegiertentag sagt § 11. Der Delegiertentag setzt sich aus den mit Mandat versehenen Vertretern zusammen und kann jeder Ortsverein auf jedes angefangene Hundert Mitglieder einen Vertreter wählen.

Die Vertretung des Centralrats hat Redakteur Karl Goldschmidt-Berlin übernommen.

Zu vollständiger Beteiligung ladet ein

Die Leitung.

Im Auftrage:

Fr. Ceth, Vorsitzender, **Th. Lindermayer,** Kassirer, **W. Benz,** Schriftf., Göggingen-Augsburg. **H. Pfeiffer,** Göggingen-Augsburg.

Achtung Tischler!!!

Montag, den 24. April 1905 (II. Osterfeiertag)

Große Matinee

in den Sälen des Verbandshauses der Deutschen Gewerksvereine
Greifswalderstr. 221/23
zum Besten der

Sonfirmanden-Sparkasse

ausgeführt vom

Sängerkhor der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.)
unter Leitung ihres Dirigenten Herrn R. Daenell und unter Mitwirkung von Damen und Herren der Sparkasse.

Anfang 1/211 Uhr. Eintritt 30 Pfg.

Verantwortl. Redakteur: Karl Goldschmidt, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23. — Druck u. Verlag: Schoedde & Callinet, Berlin W., Potsdamerstr. 110.

Künstlerische Ausführung
Billigste Preise

Vereinsfahnen

Charpen.
Fahnenändern.
Vereinsabzeichen etc.

CARL NEFFS Fahnenfabrik
KUNSTSTICKEREI

BIBERACH Würtbg. Waldseerstr.

Vereins-Abzeichen
empfiehlt
Wilhelm Kistermann,
Stuttgart, Tübingerstr. 109.

Fürstenwalde (Ortsverband). Bepflegungsarten sind bei jedem Ortsvereinskassirer zu haben.

Krefeld u. Umg. (Ortsverband). Durchreisende Genossen erhalten eine Unterführung von 50 Pfg. Meldung bei Wih. Paad, Krefeld, Vereinsstr. 61.

Dortmund (Ortsverband). Durchreisende Verbandskolleg. erhalten 75 Pf. Unterführung beim Kollegen Heinrich Ränge, Baumstr. 17. Arbeitsnachweis ebendaf.